

Jahresbericht 2022

Wohnungsnotfallhilfe

Abt. Wohnungsnotfallhilfe

Annenstraße 18

09111 Chemnitz

0371/ 66626995

wlh@stadtmission-chemnitz.de

www.stadtmission-chemnitz.de

Geschäftsstelle

Glockenstraße 5-7

09130 Chemnitz

0371/ 4334 0

info@stadtmission-chemnitz.de

www.stadtmission-chemnitz.de



Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Organisation Wohnungsnotfallhilfe	3
2.1	Rahmenbedingungen	3
2.2	Personal.....	3
2.3	Fortbildung/ Supervision.....	3
3	Auswertung Wohnungsnotfallhilfe.....	4
3.1	Straßensozialarbeit	4
3.2	Tagestreff Haltestelle	5
3.3	Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung.....	6
3.4	Ambulant betreutes Wohnen	7
4	Öffentlichkeitsarbeit	8
5	Sozialpolitische Schlussfolgerungen.....	9

1 Einleitung

Das Jahr 2022 ist das Jahr, das mit einer gültigen Pandemieregulierung für die Wohnungsnotfallhilfe begann und welche ab Mai aufgehoben wurde. Das bedeutet, dass mit dem Monat Mai keine Ausnahmeregelungen mehr für die einzelnen Projekte der Wohnungsnotfallhilfe angewendet werden mussten und alle Projekte in den Normalbetrieb übergingen.

Ebenfalls begann in 2022 der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und damit ein Anstieg der Inflation. Damit einhergehend wurde die soziale Lage gerade für die am meisten von Armut betroffenen Menschen immer unsicherer.

Die Auswirkungen dieser beiden Umstände können in allen Projekten an den Zahlen beobachtet werden. In einzelnen Projekten ist die Anzahl der Klientel auf das Vor-Coronaniveau gestiegen, manche Problemlagen stellen sich drastischer dar, als bisher beobachtet.

Dies wirft zwei Fragen auf: Ist der Anstieg der Fallzahlen allein durch die Inflation und die schwierige wirtschaftliche Gesamtsituation zu erklären? Gibt es im Hilfesystem Erkenntnisse aus der Coronapandemie, was die schwierige Lage wohnungsloser Menschen anbelangt, die zu Veränderungen in der Ausgestaltung der Hilfe führen? Auf diese Fragen versucht dieser Jahresbericht Antworten zu finden.

2 Organisation Wohnungsnotfallhilfe

2.1 Rahmenbedingungen

Auch wenn sich die Arbeitsprozesse in der Wohnungsnotfallhilfe den Pandemiebedingungen anpassen mussten, war die Hilfe für die Klientel trotzdem nur in Präsenz möglich. Der Wegfall der Pandemievorschriften hat die Rahmenbedingungen erleichtert, aber nicht grundlegend verändert. Eine Umstellung auf „Normalbetrieb“ erfolgte demzufolge weitestgehend unaufgeregt und wurde hauptsächlich als Erleichterung wahrgenommen; sowohl für die Klientel als auch für die Mitarbeiter*innen.

Ein großes Problem stellt für alle Projekte jegliche Form der Digitalisierung dar, da das Klientel der Wohnungsnotfallhilfe aufgrund der Notlage generell von einer Partizipation ausgeschlossen ist. Hier wird die Wohnungsnotfallhilfe kreativ werden müssen, um eine Teilhabe dieser Personengruppe ermöglichen zu können. Dies betrifft vor allem elektronische Terminvereinbarungen bei Ämtern und Behörden, Onlineberatungen oder Onlineabgabe von Anträgen.

2.2 Personal

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen in der Abteilung Wohnungsnotfallhilfe.

2.3 Fortbildung/ Supervision

Laut Dienstvereinbarung steht den Mitarbeiter*innen eine Supervision mit einem festen Budget pro Jahr zu. Dieses Budget kann individuell für Einzel- oder Gruppensupervision eingesetzt werden. Ebenso finden monatlich Fallbesprechungen mit dem gesamten Team statt. Dabei wird die Methode der kollegialen Fallberatung genutzt.

Eine Mitarbeiterin nahm an dem Grundlagenkurs „Rechtliche Grundlagen in der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“ in Filderstadt teil.

3 Auswertung Wohnungsnotfallhilfe

3.1 Straßensozialarbeit

Die Straßensozialarbeit*innen suchten im Jahr 2022 Menschen im gesamten Stadtgebiet auf. Dabei handelte es sich vor allem um Personen, die trotz eigenem Wohnraum unter verschiedensten sozialen sowie ökonomischen Problemen litten und nicht in der Lage waren, diese aus eigener Kraft zu überwinden. Der öffentliche Raum wurde von ihnen hauptsächlich genutzt, um der sozialen Isolation zu entfliehen und sich gegenseitig zu unterstützen. Die Straßensozialarbeiter*innen suchten die betreffenden Adressat*innen auf, schufen über eine teils langwierige Kontaktaufnahme Vertrauen und vermittelten in weiterführende Hilfsangebote. Sie grenzten sich dabei auch 2022 von jeglicher ordnungspolitischen Vereinnahmung gegenüber der Klientel ab. Es wurden vorrangig die Innenstadt, der Sonnenberg und das „Heckertgebiet“ mit den Stadtteilen Kappel, Helbersdorf, Markersdorf und Hutholz frequentiert.

Jahr	Kontaktierte Personen	Beratene Personen	Wohnungslose Personen
2022	708	220	51
2021	774	219	67
2020	674	196	45
2019	696	179	39

Die Zahl der im öffentlichen Raum angetroffenen Personen war 2022 etwas geringer als zum Vorjahr und die der davon beratenen Personen etwa gleich hoch (siehe Tabelle¹), was eine Kontinuität bei den Kontakt- als auch bei den Beratungszahlen zeigt und damit eine coronabedingte Veränderung ausschließen lässt. Bei den

Problemlagen jedoch zeigte sich eine leichte Veränderung gegenüber dem Jahr 2021. War 2021 der Problembereich „Wohnung“, gefolgt von „Gesundheit“ und „Lebensberatung“ vorrangig, stand 2022 die „Lebensberatung“ an erster Stelle, gefolgt von „Wohnung“ und „Gesundheit“. Das Thema „Finanzen“, also der Umgang mit den eigenen finanziellen Ressourcen war unverändert in beiden Vergleichsjahren gleich hoch.

Die Klientel äußerte jedoch verstärkt in 2022 sowohl Verlustängste als auch Überlastungserscheinungen im Kontext steigender Energie- und Lebensmittelpreise sowie steigender Mieten. Zur Monatsmitte waren viele vermehrt nicht mehr in der Lage, grundlegende Bedürfnisse wie die eigenständige Versorgung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Dies führte u.a. dazu, das Hilfeadressat*innen, die bis dato nicht durch die Straßensozialarbeit erreicht wurden, die Essens- und sonstige Spendenausgaben² in der Stadt nutzten. Mit den entsprechenden, vorrangig durch ehrenamtlich getragenen Initiativen, wurden entsprechende Kooperationen unter Nutzung der fachlichen Expertise der Straßensozialarbeiter*innen initiiert. Es stellte sich heraus, dass viele Adressat*innen dieser Hilfe nicht den klassischen „Trinkergruppen“ zu zuordnen waren. Vielmehr handelte es sich eher um alleinstehende Menschen mit geringer Rente, Minijobber*innen oder jene Menschen, die trotz staatlicher Transferleistungen, Arbeit und eigenem Wohnraum über zunehmend geringer werdende ökonomische Ressourcen verfügten.

Nach wie vor waren die Vermittlung und die Beratung von wohnungslosen Menschen mit Migrationshintergrund oder psychischen Erkrankungen schwierig. Gerade EU-Bürger*innen, die aufgrund ihres Rechtsstatus keinen Anspruch auf staatliche Transferleistungen hatten, wurde unverändert der Zugang zur städtischen Notunterkunft aufgrund fehlender finanzieller Mittel verwehrt.

¹ Wegen der besseren Vergleichbarkeit sind die Zahlen von 2019, dem Vorcoronajahr, und den beiden Coronajahren mit aufgeführt.

² Zu nennen wären hier der ganzjährige Einsatzwagen der Heilsarmee sowie die Essensausgabe der „Schwestern der Nächstenliebe“, der aus dem Verfügungsfond des Stadtteilmanagement Innenstadt finanzierte Kältebus in Zusammenarbeit mit dem AJZ Streetwork sowie die Essensausgabe des Vereines „Hoffnung Stern e.V.“.

Psychisch kranke Menschen ohne eigenen Wohnraum konnten kaum in entsprechende psychosoziale Wohnformen etc. vermittelt werden, da sowohl Richter*innen, Gesundheitsamt als auch behandelnde Ärzte oftmals keine ausreichende Eigen- oder Fremdgefährdung attestierten.

3.2 Tagestreff Haltestelle

Im gesamten Jahr 2022 kamen in den Tagestreff Haltestelle 661 (Vorjahr: 529) unterschiedliche Personen (465 Männer und 196 Frauen; Vorjahr 388 Männer und 141 Frauen). Das sind 132 Personen mehr als im Vorjahr. Weiterhin gab es durchschnittlich 23 Besuche am Tag von Männern und vier von Frauen. Dies sind durchschnittlich neun Besuche mehr pro Tag als im Vorjahr, was ganz klar auf die Aufhebung der Coronaschutzmaßnahmen zurückzuführen ist. Mit dem Ende der Schutzmaßnahmen ist der Tagestreff Haltestelle ab Mai bis zum Jahresende 2022 mit der Auslastung an derselben Stelle angelangt, wie er vor der Pandemie lag.

Monat	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Männer	20	19	19	20	21	23	22	24	25	26	26	26
Frauen	4	3	3	4	5	4	3	4	6	6	4	5
2022	24	22	22	24	26	27	25	28	31	32	30	31
2021	20	20	19	20	19	20	22	23	23	24	23	22
2020	33	33	22	16	13	16	21	21	21	20	21	18
2019	30	33	29	32	28	27	29	29	29	29	30	31

In dieser Tabelle⁴ ist die Entwicklung der Gesamtbesucher*innenzahlen mit der Aufhebung den pandemiebedingten Einschränkungen ab dem 01.05.2022 deutlich zu erkennen. Die Zahlen steigen kontinuierlich ab Mai 2022 bis sie ca. August/ September das Vor-Coronaniveau erreichen. Für die wohnungslosen Menschen in Chemnitz war der Tagestreff Haltestelle während der Pandemie ein wichtiger Zugangspunkt zur Hilfe. Mit dem Wegfall der Beschränkungen erweitert sich wieder der Personenkreis, der den Tagestreff zur Tagesstrukturierung nutzt, was vor allem die grundsätzliche Einteilung des Tages in definierbare Abschnitte angeht: Zeit für ein Frühstück,

Alter ³	bis 21 Jahre	22-26 Jahre	27-40 Jahre	41-60 Jahre	ab 61 Jahre
Männer	10	15	47	37	2
Frauen	3	4	15	5	1
Gesamt	13	19	62	42	3
Vorjahr	6	19	66	44	6

die Mittagszeit und der Nachmittag. Seit dem Ende der Coronabeschränkungen gehören nun auch die Menschen dazu, die nicht wohnungslos sind und die in unzumutbaren oder auch gewaltgeprägten Verhältnissen leben. Krisenintervention und niedrigschwelliger Zugang in Notsituationen sowie frühzeitige Intervention in dramatischen Entwicklungen gehörten ab Mai 2022 vermehrt zu den Aufgaben der Mitarbeitenden im Tagestreff Haltestelle, die auch diesem Personenkreis offenstanden. Die erhöhten Zahlen der unterschiedlichen Besucher*innen im Tagestreff Haltestelle belegen einen Aufgabenzuwachs für die Mitarbeitenden, hauptsächlich im Bereich der Intervention im Tagesbetrieb und in der Konfliktschlichtung. Angebote, die über die grundlegenden tagesstrukturierenden Maßnahmen hinaus gehen, lassen sich nur über das Ehrenamt oder über Praktikant:innen umsetzen.

³ Das Alter bezieht sich auf den Stichtag 31.12.2022

⁴ Die Durchschnittszahlen werden wie folgt errechnet: Die Gesamtzahl der Besucher pro Tag wird addiert und durch die Anzahl der Öffnungstage im Monat dividiert.

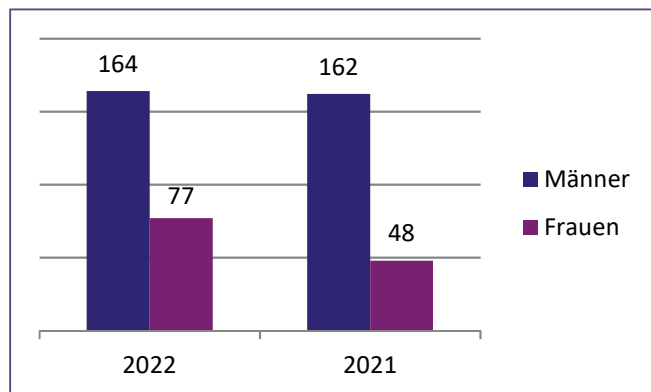
Eine verlässliche Aussage darüber, wie viele Besucher*innen des Tagestreffs Haltestelle wohnungslos sind, kann nur über die Nutzung der Postadresse getroffen werden. Von den 661 Besucher*innen haben 124 eine Postadresse eingerichtet (Vorjahr 139).

Da es keine einheitlich erhobenen Zahlen zur Anzahl der tatsächlich wohnungslosen Menschen in Chemnitz gibt und auch nur die gezählt werden können, die sich gegenüber dem Hilfesystem als Wohnungslos zu erkennen geben, können die eingerichteten Postadressen im Tagestreff als Gradmesser für die tatsächliche Anzahl der Menschen in Chemnitz gelten, die über keinen mietvertraglich gesicherten Wohnraum verfügen. 124 eingerichtete Postadressen im Jahr 2022 und 10 langjährige Postadressennutzer bedeuten schließlich, dass mindestens 134 Personen über einen längeren oder kürzeren Zeitraum in 2022 wohnungslos waren. Das sind 16 Personen weniger als im Vorjahr.

Über das gesamte Jahr hinweg war die Nutzung des Angebotes sehr hoch. Über viele Monate hinweg beträgt die Anzahl der Postadressennutzer zum Stichtag deutlich über 70 Personen. Die Durchschnittszahlen der Stichtagserhebung zeigen diese Kontinuität bzw. die stetige Erhöhung der Postadressennutzer*innen noch mal eindrücklich: Hatten im Jahr 2019 durchschnittlich 63 Personen zum Monatsende eine Postadresse (vor Corona), sind dies im Berichtszeitraum zum zweiten Mal in Folge durchschnittlich 72 Personen.

3.3 Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung

Im Jahr 2022 erhielten 241 Personen im Rahmen der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung Unterstützung, darunter 164 Männer und 77 Frauen. Während der Großteil der Beratenen zwischen 30 und 50 Jahren alt (53,9%) und alleinstehend (71,9%) war, so konnte auch ein leichter Anstieg der Altersgruppe der über 65-jährigen festgestellt werden (8,4%).

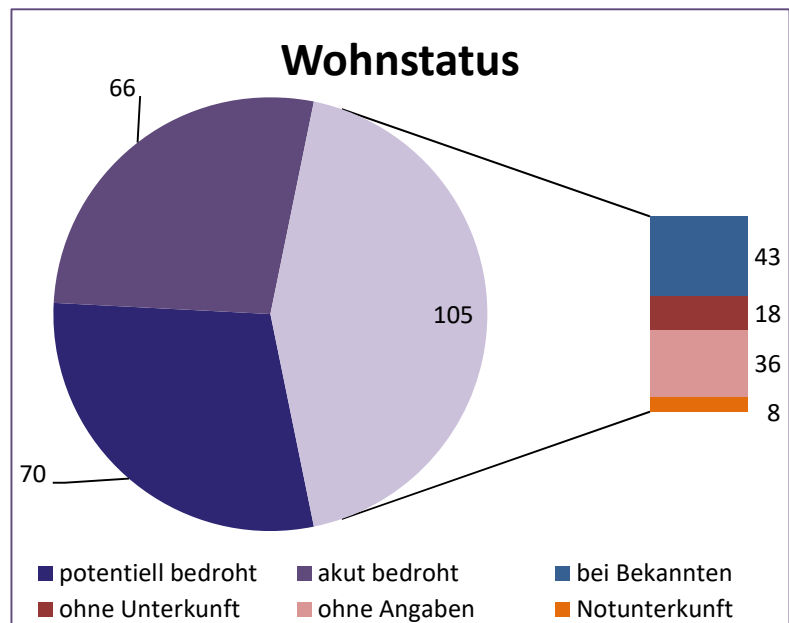


Unverändert lässt sich mit Hilfe der untenstehenden Grafik erkennen, dass der Bezug von Sozialleistungen ein hohes Risiko für Wohnungsverlust darstellt. Neben 70 potentiell und 66 akut von Wohnungslosigkeit bedrohten sprachen hierbei insgesamt 105 Personen ohne festen Wohnsitz in der Beratungsstelle vor. Diese kamen vorrangig bei Bekannten sowie in der Familie unter. Neben 18 Beratenen, welche nach eigenen Angaben ohne Unterkunft lebten, haben weitere 36 keine Angaben zu ihrer Unterbringung gemacht, jedoch hatten diese ebenfalls keinen

mietvertraglich gesicherten Wohnraum. Hierdurch lässt sich vermuten, dass nahezu 49% der Klientel ohne Obdach waren. Die Nutzung der Notunterkunft wurde hingegen nur marginal wahrgenommen. Multiproblemlagen sowie ein höherer Anteil der Beratenen mit Migrationshintergrund prägten weiterhin den Beratungskontext.

Schwierig für die Beratungsprozesse war die tendenziell zunehmend erschwerte Vermittlung in geeigneten Wohnraum. Von 116 Klienten, welche einen entsprechenden Auftrag zur Suche oder Vermittlung von Wohnraum formulierten, konnten mit Ende des Beratungszeitraums 56,9% nicht vermittelt werden⁵. Ebenso konnten 14 Beratungsanliegen zum Thema Wohnraumsuche im Berichtszeitraum nicht abschließend beendet werden. Insgesamt lässt sich somit lediglich eine erfolgreiche Vermittlungsrate von 31% schätzen. Gründe für die erschwerte Anmietung neuen Wohnraums lassen sich vor allem im Bestehen von Mietschulden bzw. negativen SCHUFA-Einträgen finden. Jedoch wurden auch eine zu hohe Miethöhe, bestehende Wohnungslosigkeit – unabhängig von den Ursachen –, anderweitige Vermietung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg oder auch ein vorliegender Migrationshintergrund angegeben. In allen diesen Fällen konnte ein Mietvertrag nicht abgeschlossen werden. Trotz der in Chemnitz herrschenden guten Wohnraumsituation, erhalten marginalisierte Gruppen, wie die Klientel der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung, nur selten Zugang zu diesen. Als Beispiel kann hier die Arbeit mit einem Beratenen angeführt werden, welcher trotz Mietschuldenfreiheitserklärung erst nach der Kontaktierung von 12 Vermietern und einem Prozess von mehr als 6 Monaten eigenen Wohnraum anmieten konnte. Weitere negative Entwicklungen werden seitens der Beratungsstelle vor allem hinsichtlich der Energiekrise und gestiegenen Mieten erwartet.

Abschließend ist anzuführen, dass sich unter Zusammenführung der Multiproblemlagen (teilweise mit einhergehender Sprachbarriere) und der angespannten örtlichen Wohnraumsituation die Arbeit mit den Hilfesuchenden zunehmend komplexere Beratungsleistungen und eine hohe fachliche Flexibilität der Mitarbeitenden erfordert.



3.4 Ambulant betreutes Wohnen

Im Berichtsjahr stieg der Frauenanteil gegenüber dem Anteil männlicher Klienten im Ambulant betreuten Wohnen (ABW) deutlich: Es waren 11 Frauen und 12 Männer in Betreuung. 19 Klienten gehörten zur Altersgruppe zwischen 25 und 65 Jahren an und vier Klienten waren über 65 Jahre alt. Der Anteil der Frauen in dieser Hilfeform war nie so hoch gewesen. Zum Vergleich: Wenn im Jahr 2020 75% der Männer und 25% der Frauen in der Hilfe waren, machte der Frauenanteil im Berichtsjahr mit 48% fast die Hälfte der Klienten aus.

Das hängt aus unserer Sicht damit zusammen, dass der Anteil der Klienten mit Migrationshintergrund in letzten zwei Jahren kontinuierlich gestiegen ist. In Vergleich zum Jahr 2020 ist ein signifikanter Anstieg von 13% auf 39% zu verzeichnen. Die Tatsache spiegelt die Situation in unserer Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung und in der Gesellschaft wieder. Bemerkenswert ist auch, dass gerade Frauen aus dieser Gesellschaftsgruppe entgegen dem Klischee, dass Männer in diesen Familien alle Entscheidungen treffen dürfen, für diese Hilfeform offen sind. Sie sind bereit, kontinuierliche langfristige Hilfen im Rahmen des ABW in Anspruch zu

⁵ Hierbei wurde auch Beratungsleistungen ohne Rückmeldung durch die Beratenen gezählt, da zu vermuten ist, dass keine Wohnraumanmietung erfolgt ist.

nehmen und aktive Verantwortung für ihre Familie und ihre Kinder zu übernehmen. So haben sie über einen längeren Zeitraum einen Ansprechpartner für alle eigenen und familiären Belangen Familienbelangen. Dementsprechend stieg der Frauenanteil und Anteil der Haushalte mit Kindern im ABW.

Jahr	Gesamt	Migranten	Haushalte mit Kindern	Frauen	Männer
2022	23	9	10	11	12
2021	26	8	4	8	18
2020	32	4	4	8	24

Wenn in den Vorjahren der Fokus der Arbeit überwiegend auf der Unterstützung

alleinstehender männlicher Klienten mit mangelnden sozialen Kontakten lag, stieg in den letzten zwei Jahren die Zahl der Klienten mit Kindern mit oder ohne Partner kontinuierlich. Dementsprechend erweitert sich das Spektrum der Ziele und Aufgaben, die im ABW zu bewältigen sind, wie Beantragung von Leistungen für Kinder, Klärung der Unterhaltsansprüche oder die Organisation eines Umzugs einer sechsköpfigen Familie in eine größere Wohnung, die in einer Zwei-Raum-Wohnung gewohnt hat. Der Umfang der Arbeit mit diesen Klienten nimmt aufgrund des Familienhintergrunds und der vorhandenen Sprachbarrieren einen größeren Zeitraum ein. Nicht selten brauchen diese Klienten auch Unterstützung im Kontakt zu Schulen und Kitas und bei Beantragung der Integrationsleistungen für ihre Kinder.

Der soziale Status der Klientel wies keine signifikanten Veränderungen zu den vorangegangenen Jahren auf. 30% von ihnen haben EU- oder Altersrente bezogen und 70% waren zu Beginn der Hilfe als erwerbsfähig eingestuft und mit oder ohne Job auf ALG-II-Leistungen angewiesen. Von 15 erwerbsfähigen Klienten hatten nur drei unbefristete Arbeitsverträge und vier von ihnen immer wieder ein oder mehrere Gelegenheitsjobs. Dabei ist es nur einem Klienten gelungen, eine gut bezahlte Arbeitsstelle zu finden und nicht mehr auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Für zwei Klienten wurde aufgrund ihrer Gesundheitszustandes EU-Rente beantragt, die erst nach Ablauf der ABW-Hilfen bewilligt wurde. Für einen dritten Klienten ist eine berufliche Reha beantragt worden. Diese könnte ein Weg, wieder ins Arbeitsleben zurückzufinden, sein. So waren aufgrund der Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und Renten 21 von 23 unserer Klienten in diesem Jahr auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter, Sozialamt und der Wohngeldstelle angewiesen.

In Anbetracht der steigenden Preise auf Lebensmittel, Haushaltswaren und Körperpflegeartikel äußerte ein großer Teil der Klientel Sorgen und Ängste, ob die ohnehin mangelnd vorhandenen finanzielle Ressourcen ausreichen werden, um zu überleben. Wenn man dies auch unter den Aspekt der vorhandenen Multiproblemlagen betrachtet, dann wird das Ausmaß dieser Sorgen und Ängste nachvollziehbar: 96% der Klienten haben Hilfen beim Leistungsbezug gebraucht, 91% hatten Probleme mit ihrer Wohnung und jeweils 70% beim Umgang mit Finanzen und gesundheitlichen Problemen. In Bezug auf den Wohnstatus waren 19 Klienten potenziell und acht akut bedroht. Darunter waren acht Klienten mit Kindern, mit oder ohne Partner*in. Es ist in allen Fällen gelungen, die drohende Wohnungslosigkeit entweder durch den Bezug von neuen Wohnräumen oder dem Abschluss von Ratenzahlungsvereinbarungen abzuwenden. Zwei wohnungslose Klienten haben den Kontakt abgebrochen, so dass nicht bekannt ist, wie und ob sich ihre Lage veränderte.

4 Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem Ende der Coronabeschränkungen änderten sich auch die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit. Die sozialen Medien sind weiterhin eine der wichtigsten Plattformen, um auf die Situation wohnungsloser Menschen hinzuweisen. Aufgrund der digitalen Präsenz der Abteilung ist das Spendenaufkommen für die Wohnungsnotfallhilfe weiterhin hoch: Die Klientel wurde mit ihrer Notlage wahrgenommen und das nicht nur in den Wintermonaten. Ganzjährig gab es Anfragen von interessierten Bürger*innen zur Lebenslage der Klientel. Sicherlich spielt hier weiterhin die überstandene Coronapandemie eine Rolle. Aber auch die allgemeine wirtschaftliche Situation

und die hohe Inflation können ein Grund dafür sein, dass die Lebenslage wohnungsloser Menschen stärker ganzjährig in den Fokus rückt.

Die Straßensozialarbeit setzte sich in verschiedenen Gremien sowie über die Vernetzung mit diversen Akteur*innen der Stadt für die Interessen ihrer Zielgruppe ein. Neben den regelmäßigen Treffen mit den Trägern der mobilen Jugendarbeit und der Stadtteilmanager*innen, wurde im Kontext der Workshopreihe „Konfliktmanagement im öffentlichen Raum der Stadt Chemnitz“ für deren Probleme sensibilisiert. Die Straßensozialarbeit wandte sich hier entschieden gegen eine, vor allem ordnungspolitische Ausgrenzung der genannten Personengruppen und deren Stigmatisierung. Zudem plädierte sie gegen eine in unterschiedlichen Medien geführte grundsätzliche Kriminalisierung dieser Personengruppe.

Die Teilnahme an Arbeitskreisen war sowohl digital per Videokonferenz möglich und auch in Präsenz. Damit war eine gute Vernetzung mit anderen Akteuren der sozialen Arbeit sowohl regional als auch überregional möglich.

Ein Höhepunkt war im Berichtsjahr die Vorstellung des Lebenslagenberichts des Diakonischen Werkes zusammen mit den Zahlen der Abteilung aus Chemnitz während eines Pressegesprächs. Dieser Termin wird auch dankbar von den Medienvertreter*innen angenommen, um sich über die Problematik Wohnungslosigkeit und ihre Folgen zu informieren.

Weiterhin werden regelmäßig Vorträge zum Thema Wohnungslosigkeit vor Studierenden gehalten.

5 Sozialpolitische Schlussfolgerungen

Das Jahr 2022 erlebte in wachsendem Maße neu entstehende, teils auf ehrenamtliche Unterstützung beruhende Essensausgaben im Stadtgebiet. Eine zunehmende Anzahl der von Armut betroffenen Menschen, unabhängig vom Hilfebedarf nach § 67 ff. SGB XII, nutzte diese Angebote trotz eigenem Wohnraum und vorhandener Transferleistungen. Diese ehrenamtlichen Initiativen sollten nicht als „Ruhekissen“ für Leistungen dienen, auf die eigentlich ein Rechtsanspruch besteht und deren Bewilligung sich aus bürokratischen Gründen verzögert oder deren Leistungsumfang offensichtlich nicht ausreicht. Um Hilfe anzubieten, die auf eine positive Veränderung der aktuellen Lage zielt, ist auch zu überlegen, inwieweit diese Angebote professionalisiert und dementsprechend finanziert werden sollten.

Die Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation auf die Zielgruppe in den einzelnen Projekten lassen sich im Berichtszeitraum noch nicht konkret abschätzen. Auch wenn sich die Klientel mit ihren diesbezüglichen Sorgen bereits an die Mitarbeitenden wenden, so werden sich die tatsächlichen Konsequenzen erst mit dem Berichtszeitraum 2023 oder 2024 erkennen lassen. Denn erst die Nebenkostenabrechnungen in 2023 berücksichtigen ein gesamtes Inflationsjahr und die erhöhten Energiepreise.

In allen Projekten sind die Beratungsleistungen aufgrund der immer komplexer werdenden Multiproblemlagen, der existierenden Sprachbarrieren sowie der von den Sozialarbeiter*innen wahrgenommen psychischen Beeinträchtigungen der Klientel schwieriger geworden. Besonders die Sprachbarrieren und die psychischen Beeinträchtigungen haben die Sozialarbeit in der Wohnungsnotfallhilfe deutlich verändert: Die Hilfeleistung gestaltet sich komplizierter sowie zeitaufwendiger und erfordert ein hohes Maß an fachlicher Flexibilität der Mitarbeitenden. Eine stringente Durchführung der Beratungen, um eine Notlage zu lösen, ist fast unmöglich geworden.

Immer wieder werden von den Mitarbeitenden Dolmetscherdienste gewünscht, damit die Betroffenen den Grund ihrer Notlage nachvollziehen können und somit auch die möglichen Lösungswege bestritten werden können. Dabei spielen die Flüchtlinge aus der Ukraine weitestgehend keine Rolle. Vielmehr sprechen vor allem Migrant*innen aus der Flüchtlingswelle von 2015 vor, die, was die Notlage im Spannungsfeld von fehlendem bezahlbarem Wohnraum, Unkenntnis von Hilfemöglichkeiten und komplizierter Antragstellung, vor den selben Herausforderungen stehen

wie die Hilfesuchenden, die schon seit Jahrzehnten die Klientel der Wohnungsnotfallhilfe ausmacht.

Die Klientenzahlen haben in den unterschiedlichen Projekten entweder das Vor-Coronaniveau erreicht, bzw. haben sich gegenüber den Jahren vor und nach Corona nicht signifikant geändert. Im Tagestreff Haltestelle wurde das Vor-Coronaniveau sogar innerhalb von wenigen Monaten ab Mai 2022 erreicht mit weiterhin steigenden Besucherzahlen. Die Zahlen zeigen, wie wichtig ein Tagestreff ist und wie notwendig Beratungsstellen, aufsuchende und wohnbegleitende Hilfen sind, um armutsbetroffene, wohnungslose und vereinsamte Menschen aufzufangen und ihnen Struktur im Tagesablauf zu vermitteln. Diese Zahlen beweisen eindrucksvoll, wie bekannt diese Hilfeinrichtungen bei der Klientel sind und wie stark diese Angebote auch von den Betroffenen angenommen werden. Sie zeigen aber auch folgendes: Während der Coronapandemie gab es keine strukturellen Veränderungen innerhalb der Hilfe nach § 67 ff. SGB XII.



Alfred Mucha

Abteilungsleiter Wohnungsnotfallhilfe